0,50 EUR

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesvereinigung Bremen der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

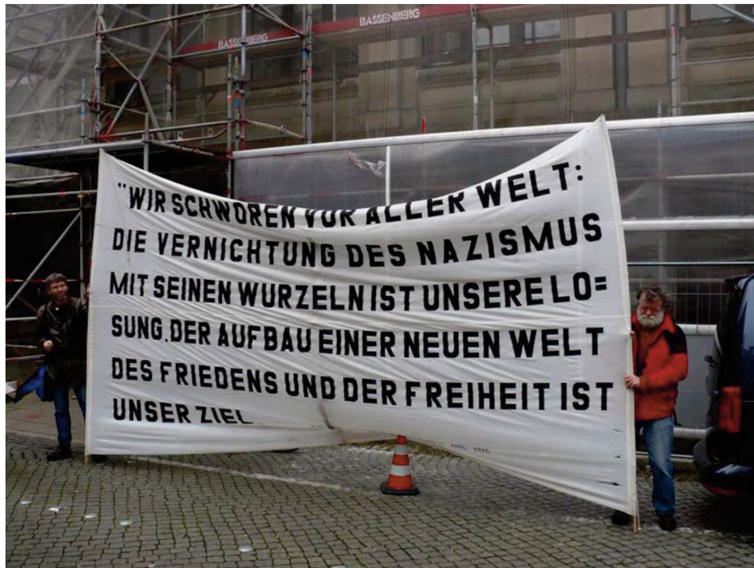
Februar / März 2018

Einseitige Erinnerung

Sylvia Gingold, Tochter der Widerstandskämpfer Etty und Peter Gingold, früher bekanntestes und schönstes Berufsverbotsopfer, hatte gegen ihre anhaltende Beobachtung durch den Verfassungsschutz geklagt und leider verloren. Begründet wurde dieses skandalöse Urteil auch mit ihrer VVN-Mitgliedschaft und dem Schwur von Buchenwald (Ausrottung des Faschismus mit seinen Wurzeln, Ziel einer Welt in Frieden und Freiheit).

In unserer letzten Landesvorstandssitzung beschlossen wir deshalb, das Transparent mit diesem Schwur aus unserem Fundus wieder öfter zu zeigen. Erste Gelegenheit war die alljährliche Gedenkfeier der Bremischen Bürgerschaft am 09. November anlässlich der Pogromnacht 1938 an der Dechanatstraße (schwarzer Granitblock mit den Namen der damals in Bremen Ermordeten).

Eine halbe Stunde vor Beginn platzierten Uli St., Jürgen K. und ich uns mit dem ca. 3m hohen Transparent direkt am Zaun vor dem Landherrenamt. Schon beim Aufbau fragte ein irritierter Polizist, was wir da täten. Kurz aufgeklärt, zog er sich zurück, behielt uns aber im Blick. Als nächster schoss Hermann Kuhn (bis zur letzten Periode Grünes BS-Mitglied, Deutsch-Israelische Gesellschaft, ganz früher Berufsverbotsopfer wg. KBW-Mitgliedschaft) auf mich zu und sprudelte heraus, das ginge nicht, das hätten wir anmelden/absprechen müssen. Als ich einwendete, dies sei eine öffentliche Veranstaltung auf öffentlichem Grund, bemängelte er, der Inhalt des Transparents hätte nichts mit der Feier zu tun. Nachdem das widerlegt war, meinte er, es ginge nicht, dass eine nicht veranstaltende Gruppe sich so in den Vordergrund spiele. Nachdem ich einwandt, es stände doch nicht mal „VVN“ darauf, entschwand er mit der Erklärung, er hätte ja nichts mehr zu sagen, wollte aber seine Meinung kundtun.



Keine neue Welt des Friedens und der Freiheit ohne die Wurzeln des Nazismus zu zerstören

Vor Veranstaltungsbeginn erschien ein Grünen-Geschäftsführer Weber (Die Grünen waren dieses Jahr federführend) mit den Worten: *„So, jetzt haben euch ja alle gesehen; jetzt könnt ihr auch gehen.“* Im folgenden, kurzen Disput berief er sich auf den Unwillen der Jüdischen Gemeinde. Ich verwies ihn an unseren „Haus- und Hofjuristen“ am anderen Ende des Transparents. Dann wechselten wir auf die gegenüber liegende Straßenseite. Dort waren wir zwar auch gut sichtbar, aber leider verstand ich die Reden von Maike Schäfer und dem israelischen Zeitzeugen nur äußerst bruchstückhaft.

Gut war, dass die meisten Passanten und sogar einige Autofahrer den Text aufmerksam lasen. Die berichtende Presse (z. B. Weserkurier und buten un binnen) ignorierte uns leider genauso wie die anwesenden „Granden“ der Partei Die Linke. Klaus-Rainer Rupp ging grußlos vorbei.

Hartmut Stinton

Malyj Trostenez

Vielen Dank für den „Bremer Antifaschist“ und den Artikel über Malyj Trostenez. Meine Tante Regina und mein Onkel Hermann Lehmann sind am 08. November 41 nach Minsk deportiert worden und hier umgekommen. Ende September 2017 sind wir (mein Mann und ich) nach Minsk geflogen und haben nach Spuren gesucht. Der Leiter des Jüdischen Museums hat sich 1 1/2 Stunden Zeit für uns genommen, viel gefragt und seine Exponate gezeigt. Bei der Geschichtswerkstatt im Ghettomuseum wurden wir fündig: Wir fanden die Namen meiner Tante und meines Onkels in ihrer Deportationsliste. Dass wir das Neujahrsfest der dortigen Jüdischen Gemeinde besuchen durften und etliche Gedenkorte sehen konnten, verdankten wir unserer tollen Übersetzerin – einer Deutschlehrerin der Uni Minsk (durch Vermittlung des Jüdischen Museums), – die uns alle Türen geöffnet hat. Noch einmal Dank für euren Artikel „Hoffnung auf Überleben“.

Marianne Wilke, VVN-BdA S-H

Veranstaltung zur Bremer Räterepublik

Am Sonntag, 04. Februar 2018 spricht 11:00 Uhr Achim Bigus (freigestellter Vertrauensmann Osnabrück) auf dem Waller Friedhof, Moderation: Raimund Gaebelein Musik: Buchtstraßenchor und das Rote Krokodil

Anschließend: Kulturprogramm im Westend **ab 12:00 Uhr** Aline Barthélémy sowie Gedichte

Es laden ein:
Bildungsgemeinschaft SALZ; Bremer Antikapitalistische Linke (BAL); Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Bremen; DKP Bremen-Nord; DGB Bremen-Elbe-Weser; DIE LINKE. Landesverband Bremen; GEW Bremen; IG Bau Region Weser-Ems; IG BCE Bezirk Oldenburg; IG Metall Bremen; Initiative Bremer Montagsdemonstration; Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg; Marxistische Abendschule (MASCH) Bremen; Marxistisch-Leninistische Partei Deutschland (MLPD) Bremen; NGG Region Bremen-Weser-Elbe; Jugendverband REBELL Bremen; Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bremen; VER.DI Bezirk Bremen-Nordniedersachsen; Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Bremen.

Auf den Leim gegangen

Viele Bürger sind den „Rechten“ auf den Leim gegangen. Ihre kruden Theorien prangern Vieles an, zum Teil sogar zu Recht, nur liefern sie keine einzige Antwort. „Ausländer raus“ oder „Deutschland den Deutschen“ sind keine Antwort auf, geschweige denn Lösung der Probleme, mit denen wir uns herumschlagen. Ein Teil der Wähler wählt sie aus Protest. Sehr grobe Schätzungen gehen von etwa 30% aus. Natürlich stimmt es, dass „die da oben in den Parlamenten“ weit weg von „uns Bürgern da unten“ sind. Es ist eine eingeschworene, oft unnahbare Clique geworden. Alle vier oder fünf Jahre begibt sie sich runter zum Wahlvolk und verspricht ihnen das Blaue vom Himmel. Aber was verspricht denn die AfD, was propagieren denn die selbsternannten Identitären? *„Das Unwohlsein, das man empfindet, mit Unwohlsein zu befeuern (...) ist letztlich eine destruktive Strategie“*, sagt Hajo Funke (Extremismusforscher), *„(...) wenn sie wenigstens Lösungen, praktische, hätten, für die Probleme, die sie sehen (...)“.*

Aber gehen wir „Anderen“ ihnen nicht genauso auf den Leim mit ihren Tabubrüchen? Muss jeder idiotische Spruch eines „Bernd“ Höcke, jede provokante Aktion der Identitären gleich ein riesen Medienrauschen hervorrufen? Sie wollen die Reaktion und wir geben sie ihnen. Publicity auf unsere Kosten! Wäre niemand auf Höckes „Mahnmal-der-Schande“-Rede eingegangen und man hätte einfach so neben seinem Haus das „Denkmal der Schande“ errichtet, hätte ganz Deutschland über ihn gelacht und auf seinen Kniefall gewartet.

Die Politik der „Etablierten“ von CSU bis zu den Grünen hat „die Deutschen“ entsolidarisiert. Die Macht des Stärkeren, die Macht des Marktes wurde und wird propagiert. In Krisenfällen (Erdbeben, Überschwemmungen) kommt die Solidarität und Empathie wieder durch – halten tun sie nur nicht lang genug. Und hier docken die „Rechten“ an. Sie kümmern sich, sie helfen – natürlich nur denen, die ihnen passen. Aber sie tun das, was die Institutionen den Hilfebedürftigen nicht geben wollen oder können. Bei der Bundestagswahl 2017 holte die AfD zwischen 8,2% (Schleswig-Holstein) und 27,0% (Sachsen). Bundesweit waren es 12,6%.

Ausgrenzen oder Nichtbeachten ist falsch. Inhaltliche Reaktionen sind gefordert. Was will die AfD, was sind ihre „Vorstellungen“? Was wollen sie z.B. in Sachen Steuerreform: Die Arbeitgeber zahlen in die Sozialkassen weniger bzw. nicht mehr ein – d.h. die Arbeitnehmer müssten mehr zahlen. Klingt das sehr anti-establishment-mäßig? Nein, es könnte problemlos von der FDP kommen. Neben der Senkung des Arbeitgeberanteils fordern sie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, wie auch Union und FDP. Sie sind für die Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Sie sind somit die Handlanger der Investmentfonds und „Heuschrecken“. „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“, Hauptsache ihre Taschen sind voll. Wiegel zeigt in seinem Buch, dass er sie als im neoliberalen Kapitalismus verwurzelt sieht. Sie sind die Neoliberalen in der Extremversion. „Das Boot ist voll“ sagte auch Otto Schily, vom Stopp des Zuzugs redet auch Horst Seehofer. Es sind Rechtsnationale in der Extremversion. Zudem steht die Partei für eine stärkere Militarisierung. Aussagen der AfD, sie würden sich gegen die NATO stellen, weist u.a. Wiegel als klar falsch nach. Eine Stärkung der Rüstungsindustrie und höhere Rüstungskosten wären die Folge. Sie sind Kriegstreiber in der Extremversion. Man muss deren Politik auseinandernehmen und den potentiellen Wählern klarmachen, dass die AfD alles andere als eine Alternative für Deutschland ist.

Die meisten der Mitglieder sind keine Nazis, rechts denkend, völkisch motiviert, ja, aber nicht nazistisch. Einem Höcke, Gauland oder Meuthen nachzusagen, sie wären Nazis, wird keinen Protest auslösen – auch nicht bei den Angesprochenen, denn sie wissen es ja. Kein Wähler kann jetzt noch für sich reklamieren, nicht gewusst zu haben, wofür die AfD wirklich steht. Den Mitgliedern muss klargemacht werden, wohin sie Deutschland steuern. In den Abgrund. O-Ton Höcke: „Deutschland in seiner jetzigen Form soll abgeschafft werden.“ Die Wahl beim Bundesparteitag am 02. Dezember 2017 von Gauland und Meuthen als Führer hat gezeigt, dass der rechtsnationalistische Weg der AfD weitergeht. Höckes Wunsch, Deutschland „abzuschaffen“, ist nicht unwahrscheinlicher geworden. Die Enkelkinder der AfDler, und der „anderen“ ebenso, werden fragen: „Warum habt ihr das getan, bzw. warum habt ihr nichts getan?“

Doch was können wir tun? Ausgrenzen bringt wie gesagt nichts. Alles was die AfDler sagen, vorschlagen oder initiieren müssen sie auch begründen und erklären – dadurch sind sie auch oft genug entlarvt worden. Die Aura des „Rebellenseins“ muss weg. Es ist wichtig, dass gezeigt wird, dass ihre Ideen Irrsinn sind. Ihnen muss der Opferstatus genommen werden („Alle sind gegen uns“). Sie sind Täter! Aber auch die „Anderen“ müssen etwas tun: Raus aus dem Elfenbeinturm und hin zu den Bürgern. Das bedarf aber wohl der größeren Anstrengung.

Gerd Wiegel: Ein aufhaltsamer Aufstieg – Alternativen zu AfD und Co., Papyrossa-Verlag, Köln 2017, 126 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 978-3-89438-616-0

Gerold Fleßner

Ab nach Ellen

Ein sehr bewegendes Zeitzeugengespräch fand am 07.11.2017 im Rahmen der Euthanasieausstellung in der Stadtbibliothek West statt. Moderiert von **Dr. Achim Tischer** (Kulturambulanz) schilderten **Hans Walter Küchelmann** und **Friedrich Buhlrich** ihre Bemühungen um Aufklärung des Schicksals ihrer Geschwister, die während des Krieges in Kinderfachabteilungen umgebracht worden waren. Nicht wenigen der rund 20 Interessierten waren Abzählreime und Gassenhauer bekannt, die auf die Ausgrenzung Behinderter anspielten. Ab nach Ellen – das bedeutete für Kinder eine Drohung, sollten sie ihren eigenen Willen durchsetzen wollen.
Achim Tischer verdeutlichte das Ausmaß der Euthanasie an Kindern und die Zeitumstände, unter denen ihre Ermordung möglich wurde. Ohne Begutachtung durch das Jugendamt hätte sie nicht dieses Ausmaß erreicht. Er schilderte die Odyssee der 53 Kinder des Hauses Reddersen im Luisenthal und die Geschichte der 31 Kinder, die in die Kinderfachabteilung Lüneburg kamen.
Sichtlich bewegt sprach **Hans Walter Küchelmann** vom Schicksal seiner drei Jahre jüngeren Schwester Gertraude (Traudi, Jahrgang 1939), die in der Familie immer gegenwärtig war. Durch einen Geburtsfehler war sie motorisch eingeschränkt und sehr in sich gekehrt. Sie lebte geborgen im Kreis der Familie, bis der Vater zum Polizeieinsatz im Osten eingesetzt wurde. Die ständigen Bombenangriffe und der angegriffene Gesundheitszustand der Mutter führten zur fatalen Entscheidung, Traudi für kurze Zeit in eine Heilanstalt zu geben. Mutter und Onkel brachten sie nach Lüneburg, bereits am nächsten Tag erhielt sie die Meldung, Traudi sei an einer Lungenentzündung gestorben. Die Aufbahrung wurde ihnen untersagt.
Friedrich Buhlrich lässt bis heute die Frage nicht los, wieso das Jugendamt seine drei Geschwister als „unwertes Leben“ abgestempelt hat. Er selbst erfuhr erst mit der Volljährigkeit, dass seine Eltern ihn 1946 im Alter von zwei Tagen adoptiert hatten, über die drei Geschwister und ihre Todesumstände wurde im Elternhaus nicht gesprochen. Auch in seiner Familie führten die kriegsbedingten Umstände zum Entschluss, den 10-jährigen entwicklungsstörten Bruder Hans-Wilhelm in die Heilanstalt Blankenburg zu bringen, von wo er mit über 100 anderen Kindern 1942 zur Tötung nach Kurzenbach gebracht wurde. Dieselbe Fürsorgerin attestierte zwei Jahre später bei den beiden Schwestern Erika und Margret angeborenen Schwachsinn, sie wurden nach 78 bzw. 141 Tagen in der Kinderfachabteilung in Lüneburg umgebracht.

Wilhelm Henkel

Gedenken an die Pogromnacht vor 79 Jahren

Der Beirat Gröpelingen rief dazu, auf sich am 09.11.2017 an der Stele vor dem ehemaligen jüdischen Altenheim an der Gröpelinger Heerstraße 167 an einer Mahnwache zum Gedenken an die Opfer der Pogromnacht vor 79 Jahren zu beteiligen. Die Bundestagswahlergebnisse und die Schmierereien an der Fatihmoschee in der Nacht zum Wahltag zeigten deutlich, dass Wachsamkeit gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nach wie vor geboten sei. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule West gedachte der Stadtteil aller Opfer faschistischen Terrors. Bernd Brejla: *„Mitglieder der LINKEN, der SPD und der VVN-BdA legten Blumengestecke an der Stele vor dem ehemaligen jüdischen Altersheim nieder. Bewegend die Teilnahme von Schülerinnen eines Geschichtskurses der GSW, die zum Abschluss die Namen der Opfer verlasen. ‚Ihr seid nicht vergessen und ihr werdet nicht vergessen'. NIE WIEDER FASCHISMUS!"*

Am 20. September hatten sie die Stolpersteine in Gröpelingen geputzt. Anhand einiger Biographien verdeutlichten sie das menschenverachtende Gesicht des Faschismus während der Jahre 1933-45.



Mit Nennung ihrer Namen wird den Opfern die Würde zurückgegeben

Die Gedenkkultur hat etwas Sinnhaftes und wandelte sich in den vergangenen 70 Jahren in Form und Darstellungsweise. Verklärt wurden im Verlaufe des sich entwickelnden Kalten Krieges Täterschaft und Verantwortung, ein schamvolles Vergessen legte einen Mantel des Schweigens über die Elite der Adenauerzeit.
Unter dem Einfluss überlebender politischer Gefangener wie Willy Hundertmark wurden Antifaschistische Stadtrundgänge zu Aufklärungsstunden. In den Mittelpunkt der Forschung kamen die wenigen Überlebenden der Arbeiterbewegung und mehr und mehr auch bis dahin vergessene Opfer des Faschismus. Musikalische Auftritte und Lesungen mit den Werken verbrannter und verfemter Künstler öffneten neue Zugänge. Archivarbeiten bilden eine Grundlage für die Aufdeckung der Lebensgeschichte von Personen, derer mit einem Stolperstein gedacht wird. Unversehens kann sich dann aber daraus eine Landkarte der Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung entwickeln. Im Laufe der Begegnungen mit den Angehörigen entsteht die Idee, Wege und Formen zu finden, die der jüngeren Generation vermittelt, dass Faschismus und Krieg gutnachbarschaftliche Beziehungen zerstören.

Wir stehen vor der Schwierigkeit, die ohne unmittelbare Erfahrung des Weltkrieges Heranwachsenden dagegen zu wappnen, auf die Lügen von einer vermeintlichen Ungleichwertigkeit von Menschen hereinzufallen. Es soll sich niemals wiederholen dürfen!

Raimund Gaebelein

Antifaschistische Nordkonferenz

25 Jahre Nordkonferenz Chronologie

Die erste Nordkonferenz fand am 30./31 Oktober 1993 in Heideruh statt. Sie diente dem Austausch zwischen den VVN-BdA, IVVdN und BdA Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg. Die 18 TeilnehmerInnen debattierten über die Gefahren aus dem Auftreten neofaschistischer Parteien und Gruppierungen. Die zweite Nordkonferenz fand Mitte Januar 1995 statt, erneut in Heideruh. Thematisch ging es auch hier wieder um das „Braune Netz" und Erinnerungsarbeit. Auf der 3. Nordkonferenz im Januar 1996 ging es in Heideruh um Erinnerungsarbeit in den norddeutschen Landesverbänden. Zur 4. Nordkonferenz trafen sich Ende Februar 1999 bereits 29 TeilnehmerInnen in Heideruh. Dabei ging es um die wichtigsten Erscheinungsformen des Neofaschismus. Dieser Schwerpunkt dominierte auch die 5. Nordkonferenz Mitte Januar 2001. Referenten waren unsere Kameraden Thomas Willms und Dr. Ludwig Elm.

Ende Februar 2002 wuchs die Teilnehmerzahl bereits auf 40. Bernd Meimbergs Ausführungen zum Friedenskampf und die Abwehr rechter Gewaltangriffe standen im Mittelpunkt. Mitte März 2003 ging es in Heideruh um Todesmärsche der KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter sowie um die Entwicklung der Neofa-Kommission Küste. Weitere Schwerpunkte waren Fragen zur Sicherheitspolitik und Sozialstrukturthemen. Anfang 2005 waren erneut Wahlkampfauftreten faschistischer Parteien sowie Gedenkstättenarbeit Thema. Anfang März 2006 ging es um das Auftreten der NPD in Sachsen und Friedenspolitik. Kerstin Kötliz und Volkmar Wölk plädierten aus sächsischen Erfahrungen für eine verstärkte Vernetzung im antifaschistischen Kampf. Perspektiven der antifaschistischen Arbeit und vor allem Erfahrungen aus der regionalen Arbeit mit Jugendlichen wurden von Thomas Willms und Michael Quelle eingebracht. Bernd Meimberg betrachtete das weltpolitische Bild Merkels. Schwerpunkt Ende Februar 2007 waren Wege zur Bekämpfung faschistischen Denkens und Handels, die Umorientierung bei der NPD, mit André Aden und Mathias Brodkorb, wie auch erneut die Rolle der Bundeswehr im Nahen und Mittleren Osten. Mitte Februar 2008 ging es um Versuche der NPD, in die Friedensbewegung einzudringen. Kurt Pätzold referierte am Samstagnachmittag über die Aufstiegsphase der Hitlerpartei.

Ende Februar 2009 war die Nordkonferenz gut besucht. Fabian Virchow referierte zur strategischen Neuorientierung der NPD, Rena Kenzo zum veränderten Frauenbild der Neofaschisten. Ein Jahr darauf begann die Konferenz mit der Frage nach Erhalt des Friedens. Den zweiten Programmteil gestaltete Christian Waclawczyk zum Thema Rechtsrock. Beeindruckend war der persönliche Erfahrungsbericht unseres Kameraden Walter Hähnel. Ulrich Sander beendete die Konferenz mit dem Schwerpunkt Reservistenaushebung. 2011 lag mit Ludwig Elm und Angelika Königseder der Schwerpunkt auf der Ideologie der Steigbügelhalter des Faschismus und antimuslimischen Rassismus. Am Puls der Zeit war die Nordkonferenz 2012. Yves Müller, Mathias Wörsching und Alfred Häusler rollten die Vorstellungswelt rechtspopulistischer Kräfte auf. Die Sicherheitslage im Nahen Osten war der Part von Bernd Meimberg. Gehaltvoll war auch die Nordkonferenz Anfang März 2013. Monty Schädel beschrieb die Militarisierung der bundesdeutschen Bevölkerung. Gemeinsam mit Axel Holz, Conny Kerth und André Aden wurden Wirkungsmöglichkeit und -breite antifaschistischer Gegenaktivitäten debattiert.

Überaus gut besucht war die Nordkonferenz Ende März 2014. Peter Strutynski, Wolfgang Beutin und André Aden ...

weiter geht es auf Seite 4

Ehrung für Widerstandskämpfer in Blumenthal

Am Sonntag, den 17. Dezember 2017, wurden in Blumenthal zwei öffentliche Fuß- und Fahrradwege nach Leo Drabent und Hans Neumann eingeweiht. Leo Drabent und Hans Neumann, beste Freunde, aktive Kommunisten und KPD-Funktionäre, wurden schon kurz nach der Machtübertragung an die deutschen Nazifaschisten am 30. Januar 1933 verhaftet und bis 1934 in Brandenburg, Oranienburg, Ellisenau und im KZ Esterwegen inhaftiert. Nach der Entlassung arbeitete Hans auf der Bremer Vulkan Werft, sein bester Freund Leo auf der AG Weser Werft, und beide organisierten die Widerstandstätigkeit auf den Bremer Werften. Im Juli 1936 wurde Leo Drabent erneut verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis 1939 voll verbüßte. Während dieser Zeit verstärkte Hans Neumann seine antifaschistische Arbeit unter seinen Arbeitskollegen auf dem Bremer Vulkan.

Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus organisierten Drabent und Neumann ein Netz von 3er- und 5er Gruppen, die in Verbindung standen mit den Hamburger Widerstandsgruppen um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen, nach Berlin zu Anton Saefkow. Mit Flugblättern riefen sie die Arbeiterklasse zur raschen Kriegsbeendigung auf. Am 29. März 1943 wurden Leo Drabent und Hans Neumann erneut verhaftet, inhaftiert und ins Zuchthaus Brandenburg gesperrt, mit ihnen zehn weitere Angehörige der kommunistischen Widerstandsorganisation gegen Faschismus, Rassismus und Krieg. Im April 1944 nahm der Sozialdemokrat Adolf Reichwein Kontakt zu Anton Saefkow auf, um die starke kommunistische Widerstandsorganisation in die Verschwörung des 20. Juli 1944 einzubinden. Es kam zu einem Treffen der Kommunisten mit Adolf Reichwein und Julius Leber, das Treffen wurde verraten. Kurze Zeit später wurden alle verhaftet und ermordet; Franz Jacob, Bernhard Bästlein und Anton Saefkow wurden acht Wochen vor Leo Drabent und Hans Neumann im Zuchthaus Brandenburg enthauptet.

Der 2. Senat des Volksgerichtshofs in Berlin verurteilte Leo Drabent und Hans Neumann am 13. Oktober 1944 zum Tode. Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof in Berlin schreibt in einem Einschreibebrief an den Reichsminister der Justiz am 22. November 1944: „Vollstreckung der Todesstrafe an dem Dreher Leo Drabent und dem Tischler Hans Neumann wegen Vorbereitung zum Hochverrat u.a. Die durch Urteil des 2. Senats des Volksgerichtshofs gegen Leo Drabent und Hans Neumann erkannten Todesstrafen sind am 20. November 1944 morgens vorschriftsmäßig im Zuchthaus Brandenburg (Havel)-Görden vollstreckt worden. Die Hinrichtungen sind ohne Zwischenfall verlaufen.“ Leo und Hans wurden nacheinander unter dem Fallbeil geköpft.

Es ist überfällig, dass zwei öffentliche Fuß- und Fahrradwege die Namen der beiden Persönlichkeiten Leo Drabent und Hans Neumann, „Söhne des Ortes Blumenthal“ (so die Blumenthaler Website), tragen, (für die bereits Stolpersteine gelegt wurden) (...)! (Der Spaziergang führte vom Schulzentrum an der Egge) in den Ortsamtsbereich Blumenthal hinein, (vorbei an den) Stolpersteinen unserer ermordeten Widerstandskämpfer zu den beiden Wegen, die gemeinsam eingeweiht wurden. Transparente, rote Fahnen, Partei- und Gewerkschaftsfahnen und rote Rosen (wurden mitgeführt)!

(...) Viele solidarische Grüße an alle Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, die sich stets über viele Jahre und Jahrzehnte für ein würdevolles Gedenken eingesetzt haben, dafür sorgten, dass Leo und Hans niemals vergessen wurden, zwei engagierte Menschen, Antifaschisten und Kommunisten, die zu den Mutigsten gehörten im Kampf gegen die faschistische Barbarei.

Nach unserer 794. Friedenskundgebung, die von über 34 Menschen besucht wurde, und der Nachbereitung im Gustav Heinemann Bürgerhaus, fuhren Regine und ich wie an den vergangenen sechs Tagen auch zwei Mal täglich zu den Wegen von Leo Drabent und Hans Neumann. Mit puren Entsetzen stellten wir um 21:45 Uhr fest, dass am Ende des Weges das Schild von Leo Drabent beschädigt wurde. „KPD Widerstandskämpfer gegen den Krieg. Ermordet von den Nazis im Zuchthaus Brandenburg“ – das Schiebeschild war halb herausgezogen. Der rote Rosenstrauß war entfernt worden. Um diese Beschädigungen durchzuführen, muss eine Leiter benutzt worden sein. Die anderen drei Wegeschilder waren in Ordnung! ...

weiter geht es auf Seite 5

Nordkonferenz

... wurden Wirkungsmöglichkeit und -breite antifaschistischer Gegenaktivitäten debattiert.

Überaus gut besucht war die Nordkonferenz Ende März 2014. Peter Strutynski, Wolfgang Beutin und André Aden beleuchteten Deutschlands erneuten Griff nach der Weltmacht, die Rolle der Vereinigten Staaten seit dem 1. Weltkrieg, die europaweite Zusammenarbeit rechtspopulistischer Parteien. Ende März 2015 lichtete Andreas Kemper ein wenig das angebräunte rechtspopulistische Gestrüpp, ergänzt von Sabine Lösing. Mitte März 2016 referierten Gerd Wiegel und Felix Korsch zur Entwicklung der AfD.
Die Neugestaltungsversuche des internationalen Gewichts der BRD stand im Mittelpunkt der Betrachtungen von Horst Leps. Dies Thema führte der Referent anhand der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz auf der Nordkonferenz 2017 fort. Strategien der AfD in Hinblick auf die Bundestagswahl wurden von André Aden sehr, sehr ausführlich enthüllt.

Raimund Gaebelein

Diesjähriges Programm

Sonnabend, den 03. März 2018
09:30 – 22:00 Uhr in der Antifaschistischen Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, 21244 Buchholz /Nordheide
Ablauf: **09:30 Uhr** Begrüßung / Neues aus Heideruh
10:00 – 12:30 Uhr Vorstellung „Jahrbuch rechte Gewalt 2018“. Referentin: Andrea Röpke

12:30 Uhr: Mittagessen

14:00 – 16:00 Uhr „Abrüsten statt Aufrüsten“ Rückblick auf Entwicklungen in der Friedensbewegung in den letzten 25 Jahren - aktuelle Herausforderungen
Referent: Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag)

16:30 – 18:00 Uhr „Da sind wir aber immer noch“ Rückblick auf die Nordkonferenzen mit kulturellen Untermalungen von Peter und Angela - Erinnerungen an Teilnehmer Innen
19:30 – 22:00 Uhr Kultureller Abschluss: "Sich fügen heißt lügen!" (Vertonung ausgewählter Texte von Erich Mühsam) von "Sokugayu" (Arnika L. Kuff und Joachim Lützow) und anschließenden Liedbeiträgen von Angela und Peter.

Sonntag, den 04. März 2018
09:00 Uhr: Berichte über Projekte
Erfahrungsaustausch mit anderen Landes- und Kreisverbänden
Erfahrungen mit der AfD und Nazis in den Regionen

12:00 Uhr: Mittagessen
13:00/13:30 Uhr: Abfahrt

Anmeldung bis 12. Februar bei Lore Meimberg. Email LoBeMeimberg@t-online.de oder telefonisch 04543 7107. Bei nicht rechtzeitiger Stornierung 23,60 Euro für Samstag, bzw. von Freitag bis Sonntag 42,20 Euro.

Preise: Freitagabend bis Sonntagmittag: 99,- Euro, Samstagmittag bis Sonntagmittag: 68,- Euro, nur Samstag: 23,- Euro.

Besondere Essens- (z.B. vegetarisch) und Unterbringungswünsche (Einzel- oder Doppelzimmer?) bitte bei der Anmeldung mit angeben.
Abholung vom Bahnhof Buchholz erfragen (04181-8726).

Stoppt den Schuldkult?

Ein Leser des Weser-Kuriers verlangt, der Spruch „Stoppt den Schuldkult" beim U-Boot-Bunker Valentin müsse „umgehend entfernt werden", während sich Bürgerschaftspräsident Christian Weber und Thomas Köcher von der Landeszentrale für politische Bildung für den Erhalt der Inschrift und die Anbringung einer Hinweistafel aussprechen.
Es hat sich gezeigt, dass die bisherige Art der „Vergangenheitsbewältigung" nicht zum Verschwinden rassistischer Einstellungen geführt hat. Moralinsaure Sonntagsreden führender deutscher Politiker über die „Verantwortung vor unserer Geschichte" oder Beschimpfungen von Bürgern als „Pack" führen nicht weiter: Man muss über die Probleme der Einwanderung sprechen können, ohne dass gleich Flüchtlingsheime in Flammen aufgehen. Die Landeszentrale für politische Bildung könnte ein Gesprächsforum über die Implikationen des „Schuldkults" bieten. Dabei müssten auch strukturelle Ursachen von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus und die Haltung der Eliten damals wie heute zur Sprache kommen.

Der frühere Chefredakteur des Sterns, Rolf Winter, hat 1991 in seinem autobiographischen Buch „Hitler kam aus der Dankwartsgrube - und kommt vielleicht mal wieder" die Entstehung nationalsozialistischen Denkens in einem Arbeiterviertel in Lübeck aufgrund von Arbeitslosigkeit und strukturell bedingter Hoffnungslosigkeit sehr anschaulich beschrieben. Der französische Philosoph Didier Eribon macht 2016 in seinem ebenfalls autobiographischen Buch „Rückkehr nach Reims" Deregulierungen und den Rückbau sozialer Sicherungssysteme mitverantwortlich für die Erfolge der rechten Front National. Offenbar fühlen sich viele Menschen von den politischen und ökonomischen Eliten im Stich gelassen und abgehängt, das Vertrauen in das ökonomische System schwindet und die existentielle Angst vor finanziellem Abstieg und damit sozialer Deklassierung wächst auch bei Leuten, die (noch) einen Arbeitsplatz haben.
Auch das Verhalten der politischen und ökonomischen Eliten vor und nach 1945 müsste in einem Diskurs über den „Schuldkult" erörtert werden. Die NSDAP wurde durch Teile der deutschen Schwerindustrie finanziert, obwohl sie die Wörter „sozialistisch" und „Arbeiterpartei" im Namen führte, und Hitler wurde 1933 nicht vom Volk zum Reichskanzler gewählt, sondern vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg dazu ernannt aufgrund des Drängens bürgerlicher Politiker wie Franz von Papen. Und das „Ermächtigungsgesetz", das die gesetzgebende Gewalt auf den Reichskanzler Hitler übertrug, konnte nur durch die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zustande kommen, da die NSDAP nicht über die notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag verfügte. Die am Preußentum ausgerichtete Generalität führte willig die Kriege Hitlers und schuf damit die Voraussetzung für die Unterdrückung anderer Völker und millionenfachen Mord. Zu erörtern wären personelle und strukturelle Kontinuitäten über die Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Mai 1945 hinaus: Wie konnte beispielsweise Hans Globke, Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze, von 1953 bis 1963 Chef des Bundeskanzleramtes unter Konrad Adenauer werden? Globke war auch verantwortlich für die Einrichtung und Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes und Verfassungsschutzes und erhielt 1963 das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Wie gelang es Hans Filbinger, von 1966 bis 1978 Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden, obwohl er als Marinerichter noch in den letzten Kriegstagen Todesurteile wegen Fahnenflucht fällte? Wie gelang es Theodor Heuss, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland zu werden, obwohl er als Mitglied der liberalen Deutschen Staatspartei 1933 Hitlers „Ermächtigungsgesetz" zustimmte und damit der Diktatur einen legalen Anschein gegeben hatte? War es akzeptabel, dass Hitlers Generäle die Bundeswehr aufbauten, dass der 1951 gegründete Verband deutscher Soldaten von der Regierung Adenauer gefördert wurde, um die öffentliche Meinung in Richtung Wiederbewaffnung zu beeinflussen? Was bedeutet es, dass immer noch Bundeswehr-Kasernen nach hoch dekorierten Soldaten der deutschen Wehrmacht benannt sind, die durch ihren Kampfeswillen und ihr soldatisches Knowhow die Kriege des Dritten Reiches erst führbar gemacht haben? Wie war es möglich, dass 1999 unter der Maxime „Nie wieder Auschwitz" der Kriegseintritt Deutschlands gegen Serbien durch die politischen Eliten erfolgte, gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung? Wie kann es sein, das deutsche Firmen in zunehmendem Maße Rüstungsgüter in alle Welt liefern, wo sie Tod und Verderben bringen? Wie konnte Deutschland wieder zu einem Land werden, „wo die Kanonen blühn", wie Erich Kästner es 1928 formulierte? Warum schließt die Europäische Union mit afrikanischen Staaten ungleiche Verträge ab, um sehenden Auges die dortigen Märkte durch hochsubventionierte Produkte aus Europa zu zerstören, so dass viele Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen?

Und marginalisiert das ökonomische System nicht auch bei uns Millionen Menschen, die durch ihre Existenzangst in eine politische Ecke getrieben werden, in der sie nichts Gutes zu erwarten haben? Vielleicht kann eine Debatte über den Spruch „Stoppt den Schuldkult" helfen, all dies und mehr aufzuarbeiten. Bloßes Überweißeln greift zu kurz.

Walter Ruffler

Antifaschisten in Blumenthal

... (Im letzten "Büchsenlicht" habe ich das Schild repariert. War kein großes Ding, nur das untere Schild in die Führung zurückschieben und die "Abdeckkappe" festdrücken. Aber von alleine, in dieser Höhe, hat sich das wohl nicht losgeruckelt! Schöne Weihnachtstage wünscht Euch Karl)
Um kurz nach 09:00 Uhr am 08. Januar 2018 rief die Journalistin Patricia Brandt von den Bremer Nachrichten/Die Norddeutsche an. Ob ich die Wegeschilder von zwei ermordeten Antifaschisten entfernen werde? NEIN, ICH WERDE DIE WEGESCHILDER NICHT ENTFERNEN!

Es kann doch nicht wahr sein, dass von uns Antifaschisten gefordert wird, die Wegeschilder von Menschen zu entfernen, denen der Kopf abgehackt wurde, weil sie für ein anderes Deutschland des Völkerfriedens, der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, des Antifaschismus und Arbeiter- rechte standen.
Seit über vier Wochen sind im Stadtbild Bremen-Nords üble neofaschistische und rassistische Schmierereien öffentlich zu sehen, die von der Stadt nicht entfernt werden. Das Straßenschild Jenny-Ries-Platz ist schwarz übermalt worden, Jenny Ries, eine Frau, die von den Faschisten im Vernichtungslager Treblinka ermordet wurde. Die Oma eines Friedensfreundes aus der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg kannte Jenny Ries. Überall sichtbar am alten Möbelhaus Schiller in Blumenthal, „Der Ständer bleibt doch Ständer"; SA und NSDAP Mann Ständer, sein Veranstaltungslokal für die Nazifaschisten, die seine Nachbarin, Kauffrau Jenny Ries massiv rassistisch bedrängten.
Zwischen Deich und Vernichtungsbunker Valentin steht an einer Mauer der neofaschistische Spruch „Schluss mit dem Schuldkult"!
Wenn es an diesem Vernichtungsort Valentin eine Schuld gibt, dann auch gegenüber den aufrechten und standhaften Antifaschisten wie Leo Drabent und Hans Neumann, die bereits lange vorher vor Beginn dieses faschistischen Vernichtungskrieges warnten, WER HINDENBURG WÄHLT, WÄHLT HITLER, WER HITLER WÄHLT, WÄHLT DEN KRIEG!

Wegen Ihrer Friedensliebe und kommunistischen Überzeugung mehrmals in Konzentrationslager gesperrt und am 20. November 1944 nacheinander frühmorgens im Zuchthaus Brandenburg auf dem Schafott geköpft wurden.

DIE NEOFASCHISTISCHEN UND RASSISTISCHEN SCHMIEREREIEN UND DIE WIDERLICHEN SPRÜCHE SIND SOFORT ZU ENTFERNEN!!

Gerd-Rolf Rosenberger

Termine Februar/März 2018

Lebende Ware

Aus Anlass des Gedenkens an die Opfer des Faschismus zeigt die Landesvereinigung Bremen der VVN-BdA **am Sonntag, 11. Februar 2018 um 15:00 Uhr** im Kino City46 den Film „Lebende Ware“. Dieser 97 min. DEFA-Film entstand 1966 unter der Regie von Wolfgang Luderer. Um Ausrüstung und Pferde zu kaufen, bezog SS-Obersturmbannführer Kurt Andreas Becher im März 1944 in einer Villa in Budapest Quartier. Er ließ Dr. Chorin, der bereits im Gefängnis saß, zu sich kommen und bot ihm an, die Familie Weiss, ihre Angehörigen, alle Aktionäre und ihn selbst vor den Vernichtungslagern zu retten, wenn er ihm das Werk, das mit der Firma Krupp in Deutschland zu vergleichen ist, für 25 Jahre in Treuhand übereignet.

Ganz Deutschland sieht auf uns

Am Dienstag, 13. Februar 2018 spricht im Rahmen der Marxistischen Abendschule **um 19:30 Uhr** in der Villa Ichon, Goetheplatz 4, Prof. Dr. Jörg Wollenberg über die Bremer Linke auf dem Weg von der Sozialreform zur Revolution unter dem Titel „Ganz Deutschland sieht auf uns“. Im Gegensatz zur Reichsentwicklung gehörte Bremen neben Leipzig schon vor 1914 zu einer der Hochburgen des linken Flügels der Arbeiterbewegung. Die revolutionär orientierten Kräfte der Bremer Linken führten für sich die Bezeichnung „Linksradikale“ ein. Sie gaben ab 1916 die „Arbeiterpolitik“ als „Wochenschrift für den wissenschaftlichen Sozialismus“ heraus, wesentlich geprägt von Johann Knief und Paul Frölich. Und die linken „Zentristen“ im Sozialdemokratischen Verein Bremen trugen mit dem Chefredakteur und Reichstagsabgeordneten Alfred Henke in der Parteizeitung, der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), dazu bei, die linke politische Kultur der Bremer Arbeiterbewegung abzusichern und sich als Sprachrohr der führenden Linken auf Reichsebene zu profilieren. Die informelle Zusammenarbeit aller linken Richtungen wurde so aufrechterhalten. Nach 1914 gab es keine Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus in der noch nicht gespaltenen Sozialdemokratie eine vergleichbare Basis besaßen. Nicht nur für Rosa Luxemburg galt Bremen deshalb als „Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“. Spätestens der Krieg, so hofften sie, gestützt auf die streikbereite Stimmung der Bremer Werftarbeiter, würde für die Masse das Signal zur revolutionären Erhebung sein. Und sie waren es, die gemeinsam am 10. Januar 1919 die Sozialistische Republik Bremen ausriefen.

Aufmarsch der lettischen der Waffen-SS

Wir werden **am Donnerstag, den 15. März 2018, in der Zeit von 12:30 – 14:00 Uhr** mit ca. 10-20 Personen vor dem lettischen Honorarkonsulat, Allerkai 4 in 28309 Bremen, gegen den Aufmarsch der lettischen Legion der Waffen-SS in Riga am folgenden Tag protestieren und dem Honorarkonsul, Herrn Lutz Peper, einen Protestbrief übergeben, in dem wir ihn bitten, in seiner Funktion als Honorarkonsul der Republik Lettland seinen Einfluss und seine Kontakte in Lettland zu nutzen und sowohl gegen die Ehrung an sich als auch gegen die wahrscheinliche Verhaftung und Behinderung unserer Mitglieder Stellung zu nehmen.

Spendendank

Auch im vergangenen Jahr haben uns wieder zahlreiche Leserinnen und Leser des Bremer Antifaschist mit einer Spende unterstützt. Ihnen allen sei auf diesem Wege ganz herzlich gedankt, denn ohne Spenden geht es gar nicht. Wir hoffen, dass Sie und Ihr uns auch in 2018 gewogen bleiben/bleibt. Wer eine Spendenbescheinigung wünscht, soll bitte kurz Bescheid geben.

Die Landeskassiererin

www.vvn-bda.de

“Der Bremer Antifaschist”, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint zweimonatlich.

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

Montag: 15:00 - 17:00 Uhr
Donnerstag: 15:00 - 17:00 Uhr

In den Schulferien finden Bürostunden nur auf Anfrage statt (siehe Stadtrundgänge).

Für die Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BIC: SBRE DE 22 xxx
IBAN: DE06 29050101 000 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (0421-382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (0421-6163215 bzw. 0176/49865184) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich **am ersten Montag des Monats um 15:30 Uhr**.

Der Landesvorstand trifft sich **am dritten Montag des Monats um 18:00 Uhr**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder. **Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.**

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den “Bremer Antifaschist” probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ______________________

Straße ______________________

PLZ, Ort ______________________

Bremen, den ______________________